

„Dreckige Diesel dürfen nicht fahren“

Naturschützer Georg Wietschorke fordert Verkaufsverbot für Neuwagen - BUND lässt eine Klage prüfen



Georg Wietschorke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Beim Landesverband Bremen ist der 61-Jährige seit 2001 zuständig für die Schwerpunkte Verkehr und ökologische Landwirtschaft.

Hamburg will ältere Diesel nicht mehr auf Teilstücken zweier Hauptverkehrsstraßen fahren lassen. Sollte Bremen so etwas planen – dort, wo die Luft schlecht ist?
Georg Wietschorke: Wir vom BUND halten nichts von der Hamburger Initiative. Denn keiner kann kontrollieren, ob die Fahrverbote eingehalten werden. Soll die Polizei etwa im Berufsverkehr die Wagen stoppen, Fahrzeugscheine prüfen und eventuell Anzeigen schreiben? Wie soll das funktionieren? Außerdem sind Verbote für bestimmte Strecken nicht sinnvoll, weil die älteren Diesel dann die Nebenstraßen mit gesundheitsschädlichen Stickoxiden und Feinstäuben belasten.

Der Dreck wird also nur verlagert?

Ja, die Schadstoffmenge bleibt so insgesamt gleich.

Wenn solche Fahrverbote nichts bringen, was könnte Bremen dann tun?

Hier wissen wir im Grunde noch nicht einmal, wo überhaupt in der Stadt hohe Stickoxid-Emissionen auftreten. Wir fokussieren uns immer auf den Döbber und die Nordstraße, wo gemessen wird, aber wie sieht es etwa in der Neustadt aus? Es gibt ja nur zwei verkehrsnahen Messstationen in Bremen. Man kann sich schon fragen, was die für eine Aussagekraft für die ganze Stadt haben.

Also erst einmal mehr Messstationen?

Natürlich kann man nicht die ganze Stadt mit teuren Messstellen versehen. Aber die Umweltbehörde sollte eine Emissionsprognose erstellen lassen. Die gab es 2005 schon mal, und sie zeigte anhand der Verkehrsstärken, wo genau in der Stadt hohe Schadstoffbelastungen auftreten könnten. Das sollte man dann auch für die Bürger veröffentlichen, wie es in der Lärminderungsplanung ja auch geschieht.

Umweltsenator Joachim Lohse befürwortet eine blaue Plakette für Dieselfahrzeuge mit geringem Stickoxid-Ausstoß. Ein guter Ansatz?

Nur, wenn die Plakette bundesweit eingeführt wird. Es macht wenig Sinn, falls jedes Land eigene Regeln aufstellt und vielleicht sogar eine spezielle Plakette einführt. Das wäre eine Katastrophe für Autofahrer, weil dann keiner mehr durchblickt, wo er noch fahren darf und wo nicht. Die Autofahrer sind ohnehin schon die Leidtragenden einer verfehlten Politik und falscher Angaben der Hersteller.

Apropos falsche Angaben: Wollen Sie wirklich eine blaue Plakette für Euro-6-Diesels, die nur auf dem Prüfstand sauber sind? Laut Umweltbundesamt geben diese Diesels auf der Straße im Schnitt sechsmal so viele Stickoxide ab wie erlaubt.

Das ist ein Skandal: Fast zwei Jahre nach dem VW-Abgasbetrug werden immer noch neue Diesels verkauft, die im Fahrbetrieb ein Vielfaches dessen ausstoßen, was erlaubt ist. Die Hersteller tricksen, die Abgasreinigung schaltet sich bei bestimmten Temperaturen ab, angeblich, um den Motor zu schützen. Leider immer noch legal, aber nicht richtig. Eine blaue Plakette dürfen natürlich nur solche Wagen bekommen, die auch im realen Fahrbetrieb die EU-Grenzwerte einhalten. Der Verkauf schmutziger Neuwagen muss sofort verboten werden.

Ein Verkaufsverbot? Da wird der Bundesverkehrsminister wohl kaum mitziehen.

Herr Dobrindt will das Problem offensichtlich aussitzen, auf Kosten unserer Gesundheit. Der BUND prüft deshalb, ob man auf dem Klageweg ein Verbot beim Kraftfahrtbundesamt erreichen kann. Nach unserer Auffassung ist es nicht mit EU-Recht vereinbar, dass der Stickoxidausstoß von Dieselfahrzeugen teils massiv über dem gesetzlichen Grenzwert liegt. Es gibt zwar einige neue Diesels, die auch im Fahrbetrieb sauber bleiben. Doch die Mehrheit der Euro-6-Diesels ist dreckiger als erlaubt.

Die Verkehrsminister setzen auf Nachrüstung älterer Diesels. Was würde das kosten, und wer soll das bezahlen?

Euro-5-Diesels kann man technisch nachrüsten. Dazu müsste ein SCR-Katalysator eingebaut werden, was pro Auto ungefähr 1500 Euro kostet. Finanziell wären aus unserer



Sicht in erster Linie die Hersteller dafür in der Pflicht, aber auch der Staat könnte eine Nachrüstung fördern. Er hat ja schon einmal den Einbau von Partikelfiltern mit 600 Euro unterstützt, damit Euro-3-Diesels in Umweltzonen fahren dürfen. Mit einem neuen Programm könnten Härtefälle ausgeglichen werden.

Sollte der Staat auch weiterhin Diesel-Treibstoff subventionieren?

Nein, das gehört abgeschafft. Aber ich halte es für falsch, den Diesel pauschal zu verteuern und den Benzin zum Heilsbringer hochzustilisieren. Der hat auch seine Probleme. So wurden bei Benzinern jetzt ebenfalls erhöhte Stickoxidwerte gemessen, und

wir wissen auch, dass Benzin-Direkteinspritzer extrem viel Feinstaub ausstoßen. Ein Partikelfilter ist dafür aber erst in zwei Jahren erforderlich, das heißt: Die Verbraucher, die sich jetzt im guten Glauben, sie kauften ein sauberes Auto, für einen Direkteinspritzer entscheiden, müssen ihn vielleicht in zwei Jahren nachrüsten.

Das wären dann die nächsten „Angeschmierten“?

Vermutlich. Daran zeigt sich, dass der Verbrennungsmotor eigentlich am Ende ist. Es tauchen immer neue Probleme auf, die die Industrie nicht in den Griff bekommt.

Aber was können wir jetzt in Bremen für bes-

sere Luft tun?
Die Umweltbehörde könnte einen Wettbewerb starten, um kleinere, clevere Vorschläge zu sammeln. Eine Idee: Die meisten Taxis fahren mit Diesel, und unter der Hand wissen wir, dass viele Fahrer den Partikelfilter durchstoßen haben, weil der sich im Stadtverkehr schnell zusetzt. Deshalb könnte man wie in Madrid ein Programm für 1000 saubere Umwelttaxen aufliegen. Die fahren dann mit Erdgas oder Strom und dürfen in der Taxireihe stets an der Spitze halten. So bekommt der Fahrer mehr Kunden – und der Taxi-Unternehmer einen Anreiz, auf Diesel zu verzichten.

Die Fragen stellte Elke Hoesmann.

Das sieht alles anders als ökologisch korrekt aus: Eine Abgaswolke kommt aus dem Auspuff eines Autos. Der BUND möchte, dass dreckige Dieselfahrzeuge verboten werden. FOTO: DPA

Schlechte Luft: Wo bundesweit die höchsten Stickoxidwerte gemessen wurden. Anleitung zur Live-App auf Seite 2.

Polizei stoppt schrottreifen Lkw

37 zum Teil gravierende Mängel



Die Reifen des Sattelzuges wiesen so gut wie kein Profil mehr auf. FOTO: POLIZEI

Bremen. „Eine tickende Zeitbombe auf der Straße“ – mit diesen Worten beschreibt ein technischer Prüfer den Zustand eines Sattelzuges, der am Mittwoch bei einer Verkehrskontrolle auf der A1 von der Polizei gestoppt wurde. Die Prüfer haben eine lange Liste von Mängeln zusammengetragen, unterm Strich waren es 37, zum Teil äußerst gravierende Mängel, wie es im Polizeibericht heißt.

Unter anderem war die komplette Bremsanlage des Sattelanhängers aus Slowenien nicht mehr funktionstüchtig, Bremsmanöver hätten einen folgenschweren Ausgang nehmen können. Ein Längsträger, der für die Stabilität des Anhängers ausschlaggebend ist, war gebrochen. Fünf Reifen wiesen so gut wie keine Profiltiefe auf und waren dem Bericht zufolge teilweise bis auf den Metallmantel abgefahren. Außerdem sei an der sogenannten Abgasnachbereitung manipuliert worden, sodass die in den Papieren angegebene Euro-Norm alles andere als erreicht wurde. Es gab weitere Manipulationen: So stellten die Experten fest, dass die Identifikationsnummer des Fahrzeugs im Fahrzeugschein nicht mit der eingravierten Nummer des Anhängers übereinstimmt. Und: Der Anhänger war bereits seit März abgemeldet. Dabei handele es sich um Urkundenfälschung. Neben einer Mautnachzahlung von mehreren tausend Euro musste der Fahrer eine Sicherheitsleistung in Höhe von rund 1400 Euro hinterlegen, plus die Kosten für die technische Überprüfung von 300 Euro. Der Sattelanhänger wurde laut Polizei direkt verschrottet, die Zugmaschine mit einem Trailer nach Slowenien transportiert. Nur wenige Stunden später stoppte die Polizei einen Autotransporter aus Rumänien, ebenfalls mit erheblichen Mängeln. Vier Reifen mussten ausgetauscht und die Bremsanlage repariert werden. **WK**

Kaffee in Einwegbecher wird teurer

Bremen. Das Studentenwerk in Bremen will weniger Einwegbecher-Müll und verlangt deshalb ab Montag mehr Geld für Heißgetränke, die in solchen Bechern gekauft werden. Der Aufschlag beträgt 20 Cent, wie das Werk mitteilte. Getränke in Mehrwegtassen oder Thermobechern blieben preislich unverändert. Zudem würden künftig Bio-Milch aus regionaler Produktion und fair gehandelter Bio-Kaffee verwendet. Bisher verkauft das Bremer Studentenwerk nach eigenen Angaben in den Mensen und Cafeterias jährlich mehr als 600 000 Einwegkaffeebecher. Die Deutsche Umwelthilfe empfiehlt unterdessen die Einführung von Mehrwegbecher-Systemen. Konsumenten sollten in Gastronomiebetrieben die Möglichkeit haben, einen mitgebrachten Mehrwegbecher füllen zu lassen oder eine wiederverwendbare Tasse zu leihen. Dies sei sinnvoll, da sich durch eine konsequente Nutzung von Mehrwegbechern jährlich bundesweit rund 87 000 Tonnen an Emissionen des klimaschädlichen Gases CO₂ einsparen lassen würden. In Bremen sind derzeit etwa 36 000 Studierende an Hochschulen eingeschrieben. **EPD**

Am Wochenende werden Vögel gezählt

Bremen. Der Naturschutzbund (Nabu) ruft für Freitag bis Sonntag, 12. bis 14. Mai, dazu auf, eine Stunde lang die Gartenvögel zu zählen. Nach dem Aufschrei über die dramatischen Bestandsrückgänge der Vögel im ländlichen Raum erwarten Naturschützer die bundesweite Vogelzählung mit besonderer Spannung. „Es ist eine Minute vor Zwölf“, erklärt Nabu-Geschäftsführer Sönke Hofmann. „Wenn wir die Chemiekeule nicht einpacken, wird es den ‚Stummen Frühlings‘ schon sehr bald geben.“ Städte würden immer mehr zu Archiven für die Tierwelt, da die Pestizidbelastung dort geringer sei. Doch Insektenfresser, wie Schwalben, Gartenrotschwanz oder Mauersegler machen dem Nabu auch in der Stadt Sorgen. Denn diese Vogelarten sind auf Insekten als Eiweiß-Lieferant angewiesen. Bei der Vogelzählung können Teilnehmer Reisen, Bücher und Ferngläser gewinnen. Teilnehmen kann man im Internet unter www.nabu.de. Dort werden auch die Ergebnisse in einer interaktiven Karte dargestellt und Porträts der einzelnen Vogelarten eingestellt. Die Aktion findet bereits zum 13. Mal statt. **XHA**

Es geht um Leben und Tod

Achte Auflage der Messe beginnt an diesem Freitag

VON SABINE DOLL

Bremen. Wenn ein Elternteil, Großvater, Großmutter oder ein Geschwisterkind sterben, stellt sich die Frage: Wie spricht man mit Kindern darüber, welche altersgerechten Möglichkeiten gibt es? Ein Niederländer hat darauf eine recht außergewöhnliche Antwort gefunden. Er hat Spielzeug, konkret: Bausteine, entwickelt, das Kinder mit Bestattungen vertraut macht. Es gibt Grabsteine, einen blumengeschmückten Sarg, das Krematorium. Gedacht ist das Spielzeug für professionelle Trauerbegleiter oder Psychologen für ihre Arbeit mit Kindern. Vorgestellt wird das Spielzeug bei der Messe „Leben und Tod“, die am Freitag und Sonnabend auf der Bürgerweide in der Messehalle 6 stattfindet – inzwischen zum achten Mal.



Eckart von Hirschhausen FOTO: DPA

Auf dem Programm stehen Vorträge, Podiumsdiskussionen und Workshops für die Öffentlichkeit und ein Angebot für Fachbesucher. Außerdem gibt es einen Bereich, in dem 135 Aussteller Informationen, Produkte und Dienstleistungen rund um die Themen Sterben, Tod und Trauer bieten. Es geht um Hospizarbeit, Kommunikation mit Demenz, um Bestattungsrituale in verschiedenen Weltreligionen und um einen „Letzte

Hilfe“-Kursus für Laien zur Sterbebegleitung. Die Themen werden aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet, ernst und auch humoristisch. An diesem Freitag ist der Arzt, Autor und Kabarettist Eckart von Hirschhausen zu Gast, der im Eröffnungsvortrag von 10.15 bis 10.45 Uhr unter anderem seine Stiftung „Humor hilft heilen“ vorstellt und Bücher signiert.

„Die Messe ist in dieser Form bundesweit einzigartig“, sagt Projektleiterin Meike Wengler, die das Format vor neun Jahren entwickelt hat. Seitdem wächst die Teilnehmerzahl Jahr für Jahr, Fachbesucher reisen aus dem ganzen Bundesgebiet an. „Sterben und Tod ist kein Tabuthema mehr. Man merkt seit einigen Jahren deutlich, dass das Bedürfnis, sich damit auseinanderzusetzen und sich zu ganz konkreten Fragen beraten zu lassen, zugenommen hat.“ Im Ausstellungsbereich sind auch Selbsthilfegruppen und Vereine vertreten, die zu Themen wie Patientenverfügung oder gesetzliche Betreuung informieren.

Die Messe „Leben und Tod“ ist am 12. und 13. Mai von 10 bis 18 Uhr geöffnet, der Eintritt kostet sechs Euro, ermäßigt fünf, für Schüler drei. Weitere Infos unter www.leben-und-tod.de.

ANZEIGE

Ihr wöchentliches Fernsehmagazin



Ab sofort im WESER-KURIER

- > Jeden Freitag neu
- > umfassendes TV-Programm
- > Spannende Geschichte und Specials zu ausgewählten Themen

WESER KURIER